



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom
Fachsekretariat

CH-3003 Bern, ElCom_tat

Per E-Mail an energiestrategie@bfe.admin.ch

Bundesamt für Energie BFE
Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte
3003 Bern

Referenz/Aktenzeichen: 041-00093

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Bern, 08.05.2017

**041-00093: Vernehmlassung zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur
Energiestrategie 2050**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 1. Februar 2017 vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassung in genannter Angelegenheit. Gerne nehmen wir innerhalb der Frist Stellung dazu.

Mit der voraussichtlichen Inkraftsetzung der Energiestrategie 2050 per 1. Januar 2018 sollen diverse Bestimmungen im Verordnungsrecht angepasst, neu eingefügt oder aufgehoben werden. Drei Sachbereiche sind für die ElCom besonders bedeutsam, weshalb wir bereits einleitend darauf hinweisen möchten.

Vollzugsbestimmungen zur Marktpremie (Art. 93 bis 100 EnFV)

Im neuen Energiesgesetz wird auf fünf Jahre befristet als Unterstützungsmassnahme für die Grosswasserkraft die sog. Marktpremie eingeführt. Nach Auffassung der ElCom wird diese Unterstützungsmassnahme zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit keinen Mehrwert bringen, sondern führt aufgrund der fehlenden Zweckbindung lediglich zu Mitnahmeeffekten. Die diesbezüglichen Verordnungsbestimmungen in der EnFV sind daher möglichst so auszuarbeiten, dass im Sinne der Vorgaben des neuen Energiesetzes nur jene Kraftwerke eine Marktpremie zugesprochen erhalten, die ihre Energie „am Markt unter den Gestehungskosten verkaufen müssen“ (Art. 30 Abs. 1 EnG). Insofern sollten kosten-

Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom
Effingerstrasse 39, 3003 Bern,
Tel. +41 58 462 58 33, Fax +41 58 462 02 22
info@elcom.admin.ch
www.elcom.admin.ch

senkend sämtliche Erträge berücksichtigt werden, welche ein potentiell berechtigtes Grosswasserkraftwerk erzielen kann; insbesondere auch Erträge für SDL und HKN. Die EICom lehnt es ab, dass bei den Gesteungskosten zur Berechnung der Marktpremie zusätzlich eine WACC-Verzinsung mit eingerechnet wird. Die Marktpremie soll gemäss Artikel 30 Absatz 1 Eng das Delta der ungedeckten Gesteungskosten decken und nicht eine angemessene Rendite sicherstellen. Die EICom lehnt weiter ab, dass zur Bestimmung der Erlöse für sämtliche Transaktionen auf den Dayahead-Börsenpreis der Swissix abgestellt werden soll. Ein solch vereinfachender Ansatz ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Erlöse hätte zur Folge, dass nicht zwingend nur für diejenigen Kraftwerke eine Marktpremie gesprochen würde, die tatsächlich nicht kostendeckend produzieren können. Schliesslich möchten wir das BFE darauf aufmerksam machen, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten der Marktpremie im Gesetz selbst geregelt werden muss und durch die Verordnung weder erweitert noch eingegrenzt werden kann. Aus Sicht der EICom sind die hierzu angedachten Verordnungsbestimmungen nicht gemäss und wären daher im Streitfall nicht gerichtsbeständig.

Kostentragungspflicht für Messkosten von Produzenten

Wenn die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehenen Verordnungsanpassungen durchgeführt werden, wird es künftig keine gesetzliche Grundlage zur Anlastung der Messkosten an Produzenten mehr geben; dies, da die bestehenden Grundlagen in der StromVV und der EnV aufgehoben werden sollen. Stattdessen wird in diesem Punkt auf die StromVV verwiesen. Die neue Regelung in Artikel 13a StromVV bezieht sich bei gesetzeskonformer Auslegung lediglich auf die Messkosten von Endverbraucher und nicht auf diejenigen von Produzenten.

Nach Auffassung der EICom würde es sich empfehlen, bis zur Revision des StromVG (allenfalls mit Regelungen zur Teil liberalisierung des Messwesens) die bisherige Formulierung in Artikel 2 Absatz 3 EnV des geltenden Rechts beizubehalten, wonach bei fossilen und erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen die Kosten für das Messinstrument und für die Bereitstellung der Messdaten zu Lasten der Produzenten gehen. Im Rahmen der Revision StromVG sollte eine neue formalgesetzliche Grundlage für die Kostentragung geschaffen werden. Aufgrund des ersatzlosen Wegfalls von Artikel 25 Absatz 1^{bis} Eng, wonach die EICom im Streitfall über die Anschlussbedingungen für Energieerzeugungsanlagen entscheidet, sollte zudem im Gesetz selbst geklärt werden, ob künftig die Zivilgerichte zur Beurteilung der Messkosten von Produzenten zuständig sind oder das BFE als zuständige Aufsichtsbehörde über die Einhaltung des Eng (Art. 62 Abs. 1 nEng).

Einbau und anrechenbare Kosten von intelligenten Messsystemen

In der StromVV ist angedacht, dass die Netzbetreiber innerhalb einer Übergangsfrist von sieben Jahren sämtliche Stromzähler für Endverbraucher mit intelligenten Messsystemen auszurüsten haben. Aus Sicht der EICom sollte mit der Ermächtigung zu einem sofortigen flächendeckenden Rollout von intelligenten Messsystemen noch gewartet werden. Es besteht Koordinationsbedarf mit den allfälligen Bestimmungen über eine Teil liberalisierung des Messwesens, die anlässlich der Revision des StromVG erlassen werden könnten.

Weiter beantragen wir eine neue Verordnungsbestimmung, worin vorzusehen ist, dass das in Zähler von intelligenten Messsystemen eingebaute Kommunikationssystem effizient sein muss. Bei einer Nutzung dieses Systems für verschiedene Zwecke – wie dies beispielsweise bei Glasfaserkabeln der Fall ist – sollen nur diejenigen Kosten angerechnet werden können, welche dem anteilmässigen Nutzungsanteil des Messwesens entsprechen.

Eigenverbrauchsregelung

In Bezug auf die Eigenverbrauchsregelung würden wir es bevorzugen, wenn explizit in der Verordnung geregelt wird, ob und falls ja, im welchem Ausmass der Eigentümer der Produktionsanlage einer Eigenverbrauchsgemeinschaft eine Rendite erzielen darf. Weiter ist aus Sicht der EICom ausdrücklich

in der Verordnung festzuhalten, dass Grundeigentümer unter Vorbehalt von Artikel 3a StromVV Anspruch auf Wechsel des Netzanschlusspunktes haben, um Eigenverbrauch geltend zu machen. Um die Gerichtsbeständigkeit für die rechtsanwendende Behörde zu gewährleisten, würden wir es begrüßen, wenn solche und andere Regeln wenn immer möglich im Erlass selbst verankert werden. Bei blosser Erwähnung der gewünschten Regel im erläuternden Bericht ist ungewiss, ob diese im Streitfall von den Gerichten angewendet würde, falls sie nicht aus dem Erlass selbst abgeleitet werden kann.

Nachfolgend unsere Anträge und Eventualanträge zu den konkreten Gesetzesartikeln und zu den erläuternden Berichten. Gerne stehen wir auch für Gespräche zur Verfügung.

1. Energieverordnung (EnV)

Grundsätzliches

Wir begrüssen die Verwendung des Begriffs «Netzanschlusspunkt» anstelle von «Einspeisepunkt», da so der terminologische Konflikt mit dem Ein- bzw. Ausspeisepunkt gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c StromVV beseitigt wird.

Artikel 11 Anschlussbedingungen

Absätze 2 und 3, erster Satz:

Diese Regelungen passen systematisch nicht in die EnV. Artikel 11 EnV ist eine Ausführungsbestimmung zu Artikel 15 EnG, welcher ausschliesslich die Abnahme und die Vergütung regelt. In der Botenschaft zum EnG wird dazu unmissverständlich ausgeführt: *«Klärend ist zu betonen, dass sich der vorliegende EnG-Artikel nicht zu Themen wie Netzanschluss- oder Zugang äussert. In Bezug auf den Netzanschluss und den Netzzugang gelten die Bestimmungen des StromVG und des Rohrleitungsgesetzes.»* (BBl 2013 S. 7668). Wenn sich Artikel 15 EnG (korrekterweise) nicht auf die technischen Bedingungen des Netzanschlusses bezieht, dann können solche auch nicht als Ausführungsbestimmung in die EnV aufgenommen werden. Alternativ wäre eine Verankerung in der StromVV zu prüfen. Die Rechtsgrundlage wäre dabei in erster Linie in Artikel 8 StromVG zu sehen (Artikel 5 Absätze 1 bis 4 StromVG kann nicht als Rechtsgrundlage angenommen werden, wenn die Kompetenz zum Erlass von Vollzugsbestimmungen beim Bund bleiben soll. Hier wären die Kantone mit dem Vollzug betraut [Art. 30 Abs. 1 StromVG]).

Es ist nicht ersichtlich, warum für den Begriff «Produzent» in der EnV neu sowohl die weibliche als auch die männliche Form verwendet werden muss. Im Gesetz wird nur die männliche Form verwendet und andere Begriffe – wie z. B. der Netzbetreiber – werden auch im vorliegenden Vernehmlassungsentwurf der EnV nur in der männlichen Form verwendet. Im Sinne der besseren Lesbarkeit und der Kongruenz mit dem Gesetz schlagen wir vor, weiterhin nur die männliche Form zu verwenden.

Artikel 12 Abzunehmende und zu vergütende Energie

Absatz 4:

Die Regelung in der geltenden EnV zur Kostentragung der Produzenten wurde durch einen Verweis auf die StromVV ersetzt. Für eine solche Regelung in der StromVV besteht aber keine gesetzliche Grundlage (vgl. Ausführungen unten zu Art. 13a StromVV).

Erläuternder Bericht:

Betreffend die Messkosten für die Messung der zu vergütenden Elektrizität wird neu auf die StromVV verwiesen (Art. 12 Abs. 4). Artikel 2 Absatz 2^{ter} der geltenden EnV wird nicht in den Entwurf übernommen. Insofern ist die Ausführung im erläuternden Bericht, wonach die Bestimmungen in den Artikeln 11 und 12 EnV die Anschlussbedingungen unverändert wie im bisherigen Recht regeln, nicht zutreffend.

Artikel 13 Vergütung

Absatz 1:

Antrag:

¹ Bei der Vergütung für Elektrizität aus erneuerbaren Energien richten sich die *vermiedenen Kosten, die der Netzbetreiber des Netzbetreibers* für die Beschaffung gleichwertiger Elektrizität *vermeidet*, nach den Kosten des Bezugs bei Dritten ~~und~~ sowie den Gestehungskosten der eigenen Produktionsanlagen.

Im Sinne der Kohärenz sollte die Formulierung gemäss Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe a EnG im ersten Teil des Satzes unverändert übernommen werden.

Was unter gleichwertiger Elektrizität zu verstehen ist, sollte aus der Verordnung selbst und nicht (nur) aus dem erläuternden Bericht hervorgehen (insb. auch die zeitliche Komponente der Gleichwertigkeit. Es muss klar sein, in welchem Zeitraum der relevante Bezug respektive die Gestehungskosten zu betrachten sind).

Absatz 2:

Die Bestimmung sollte präzisiert werden: Ist die Einspeisung wirklich stundenscharf abzurechnen oder kann ein Durchschnitt der Stundenpreise über eine bestimmte Periode (wie beim Referenzmarktpreis i. S. v. Art. 16 EnFV) ermittelt werden?

Unseres Erachtens bedarf auch Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe c EnG betreffend die Vergütung von eingespeistem Biogas einer Präzisierung in der EnV. Aus der Bestimmung im Gesetz geht nicht klar hervor, wie der Preis, den der Netzbetreiber für den Kauf bei einem Dritten zu bezahlen hätte, genau zu ermitteln ist.

Artikel 16 Voraussetzungen für den Zusammenschluss zum Eigenverbrauch

Antrag:

Grundeigentümer haben unter Vorbehalt von Artikel 3a der Stromversorgungsverordnung Anspruch auf Wechsel des Netzanschlusspunktes, um Eigenverbrauch geltend zu machen. (...).

Sind am Ort der Produktion mehrere Grundeigentümer Endverbraucher, so können sie sich zum gemeinsamen Eigenverbrauch zusammenschliessen (Art. 17 Abs. 1 nEnG). Aus der Verordnung und den Erläuterungen geht nicht eindeutig hervor, ob das Recht auf Eigenverbrauch mit Blick auf die bestehende Anschlusssituation beurteilt wird oder ob Grundeigentümer auch nachträglich unter Vorbehalt der Netzicherheit Anspruch auf Wechsel eines bestehenden Netzanchlusspunktes haben, damit Eigenverbrauch möglich ist. Eine Präzisierung der Verordnungsbestimmung wäre daher hilfreich. Siehe auch Bemerkung zu Artikel 3a Absatz 1 StromVV.

Artikel 17 Zusammenschluss mit Mietern und Pächtern

Artikel 17 Absatz 3 EnV regelt, was beim Zusammenschluss zum Eigenverbrauch schriftlich festzulegen ist. Wir beantragen zu prüfen, ob nicht auch die Höhe der Gestehungskosten der Elektrizität aus der Eigenverbrauchsanlage schriftlich festzulegen wäre. Im erläuternden Bericht (S. 15) wird dazu ausgeführt, dass die Stromkosten nicht höher liegen dürfen als die tatsächlichen Kosten. Weiter wird auf Artikel 6 Absatz 1 StromVG verwiesen, wonach die Elektrizitätskosten angemessen sein sollen. Der Tarifanteil der Energie in der Grundversorgung richtet sich gemäss Artikel 4 Absatz 1 StromVV nach den Gestehungskosten einer effizienten Produktion, ein Gewinn ist gesetzlich nicht vorgesehen. Es ist deshalb fraglich, ob die Gestehungskosten der Elektrizität aus der Eigenverbrauchsanlage einen Gewinn beinhalten können oder nicht. Ob diesbezüglich eine Einschränkung bestehen soll oder nicht und wenn ja inwiefern, könnte im erläuternden Bericht oder direkt in der EnV zusätzlich ausgeführt werden. Ein höherer Elektrizitätspreis aus der Eigenverbrauchsanlage als beim Bezug beim

Netzbetreiber stellt keinen Fall einer nicht angemessenen Versorgung dar (erläuternder Bericht, S. 16). Eine Regelung des möglichen Gewinns des Anlageninhabers im erläuternden Bericht wäre daher hilfreich.

Artikel 18 Einsatz von Stromspeichern im Eigenverbrauch

Absatz 1:

Antrag:

¹(...) Für die übrigen Kosten gilt Artikel 11 Absatz 3 sinngemäss. Allfällige Kosten für den Anschluss des Stromspeichers gehen zu Lasten des Eigenverbrauchers.

Werden Stromspeicher im Eigenverbrauch eingesetzt, soll für den Anschluss die Kostentragung gemäss Artikel 11 Absatz 3 (Anschluss von Energieerzeugungsanlagen) gelten. Eigenverbrauch ist zulässig, wenn die Anlage, der Endverbraucher und der Stromspeicher am gleichen Netzanschlusspunkt liegen. Somit können beim Anschluss nur Kosten bei der Erschliessungsleistung beim Eigenverbrauch entstehen und nicht im Netz. Die Regelung gemäss Artikel 11 Absatz 3 lässt jedoch den Schluss zu, dass Stromspeicher als Energieerzeugungsanlagen und nicht als Endverbraucher qualifiziert werden und Netzbetreiber allenfalls Kosten für Netzverstärkungen beim Anschluss von Stromspeicher in ihrem Netz geltend machen können. Eine Präzisierung der Verordnungsbestimmung und eine Anpassung des erläuternden Berichts (S. 16) werden daher begrusst.

Absatz 2:

Antrag:

²(...) auszustatten. Die Kosten für das Messgerät und für die Bereitstellung der Messdaten gehen zu Lasten des Eigenverbrauchers.

Stromspeicher sind mit einem intelligenten Messsystem auszustatten, wenn diese Elektrizität aus dem Netz beziehen und an dieses abgeben können. Die Kostenfolge wird in der Bestimmung nicht geregelt. Aus den Erläuterungen ist ersichtlich, dass die Kosten des Messgerätes durch den Endverbraucher oder Produzenten getragen werden (S. 16). Die Anlastung der Kosten sollte jedoch aus der Bestimmung selbst und nicht nur aus den Erläuterungen hervorgehen. Gemäss den Ausführungen zu Absatz 1 lässt sich schliessen, dass Stromspeicher als Energieerzeugungsanlagen qualifiziert werden. Für Produzenten fehlt eine gesetzliche Grundlage für die Anlastung von Messkosten (siehe Ausführungen zu Art. 13a StromVV).

Artikel 19 Absatz 2 und 3 Verhältnis zum Netzbetreiber

Antrag:

²(...) mitzuteilen. Der Netzbetreiber hat bei der Auflösung des Zusammenschlusses die betreffenden Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter innert drei Monaten in die Grundversorgung nach Artikel 6 oder 7 des StromVG aufzunehmen.

³(...) mitzuteilen. Der Netzbetreiber hat die betreffende Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter innert drei Monaten in die Grundversorgung nach Artikel 6 oder 7 des Stromversorgungsgesetzes vom 23. März 2007 (StromVG) aufzunehmen.

Der Austritt von einzelnen Mietern aus der Eigenverbrauchsgemeinschaft ist nur möglich, wenn die angemessene Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Dann wird der Netzbetreiber nach Absatz 4 verpflichtet, die Versorgung umgehend sicherzustellen. Weiter ist ein Austritt eines Mieters möglich, wenn dieser aus der Wohnung auszieht. In diesem Fall kann der Netzbetreiber nicht verpflichtet werden, diesen Mieter in die Grundversorgung aufzunehmen. Die Bestimmung erscheint sinnvoll unter Absatz 2, wenn der Zusammenschluss zum Eigenverbrauch aufgelöst wird.

2. Verordnung über die Unterstützung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien (EnFV)

Vorbemerkungen zu Art. 93 bis 100 EnFV

Das StromVG bezweckt, die Voraussetzungen für eine sichere Elektrizitätsversorgung sowie für einen wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt zu schaffen (Art. 1 Abs. 1 StromVG). Gemäss den Vorgaben des StromVG ist lediglich der Energiepreis in der Grundversorgung für feste Endverbraucher und Endverbraucher, die auf ihr Recht auf Netzzugang verzichten, staatlich reguliert (Art. 6 StromVG). Ursprünglich beabsichtigte der Gesetzgeber, dass fünf Jahre nach Inkrafttreten des StromVG die vollständige Marktöffnung gelten sollte (Art. 34 Abs. 3 StromVG i. V. m. mit dem nicht in Kraft getretenen Art. 7 StromVG). Die Einführung der bis Ende 2022 befristeten Marktpremie stellt einen staatlichen Eingriff in den Bereich der marktwirtschaftlich gehandelten Energie dar. Die primäre Änderung des bisherigen Systems liegt darin, dass künftig soweit möglich sämtliche Energie von Grosswasserkraftwerken mit einer Leistung von mindestens 10 MW an die Endverbraucher mit Grundversorgung verkauft werden kann und diesbezüglich die Vorgaben von Artikel 6 Absatz 5 StromVG nicht mehr gelten (Art. 31 Abs. 3 nEnG). Die Energie, die nicht der Grundversorgung zugewiesen werden kann, soll von der Marktpremie profitieren, falls die Gestehungskosten nicht gedeckt sind. Die Marktpremie wird über den Netzzuschlag bei den Tarifen der Netzebene 1 von den Endverbrauchern finanziert. Ein derartiger staatlicher Eingriff kann sich nach Auffassung der ECom lediglich aus Gründen der Versorgungssicherheit rechtfertigen.

Aufgrund der in Artikel 30 und 31 nEnG verankerten Konzeption werden primär solche Anlagen von der Marktpremie profitieren können, die zu hohen Gestehungskosten produzieren. Hohe Gestehungskosten weisen insbesondere Anlagen auf, in die vor kurzem ein erheblicher Betrag investiert wurde und bei denen daher kurz- und mittelfristig keine wesentlichen Unterhaltsarbeiten mehr getätigt werden müssen. Solche Anlagen sind zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit nicht unterstützungsbedürftig. Da unlängst ein wesentlicher Betrag in diese investiert wurde, besteht wirtschaftlich betrachtet auch ohne die Unterstützungszahlungen ein Anreiz, sie weiterhin zu betreiben. Demgegenüber können ältere, grösstenteils abgeschriebene Anlagen zu tieferen Gestehungskosten produzieren. Derartige Anlagen werden aufgrund der tieferen Kosten nicht oder in geringfügigerem Umfang von der Marktpremie profitieren können. Aus der Perspektive der Versorgungssicherheit wären jedoch jene Anlagen aufgrund des Investitionsbedarfs zum Erhalt oder Ausbau der Produktion unterstützungsbedürftig.

Vor diesem Hintergrund wird die auf fünf Jahre befristete Einführung der Marktpremie keinen Beitrag zur Stärkung der Versorgungssicherheit leisten, sondern führt lediglich zu einem Mitnahmeeffekt für die Eigentümer der Anlagen, da die Unterstützungszahlungen im Kontext mit der Marktpremie nicht zweckgebunden sind. Sie ist in Bezug auf die Versorgungssicherheit sogar kontraproduktiv, indem ältere, grösstenteils abgeschriebene Anlagen, in die investiert werden müsste, auf dem Markt gegenüber neuen und instand gesetzten Anlagen zusätzlich benachteiligt werden. Um einen Beitrag für den Weiterbetrieb von bestehenden Grosswasserkraftanlagen sicherzustellen, hätte gesetzlich vorgesehen werden müssen, dass die im Rahmen der Marktpremie ausgeschütteten Geldbeträge in die betreffenden unrentablen Energieerzeugungsanlagen zu investieren sind. Aus Sicht der ECom ist es daher angezeigt, möglichst auf die *effektiven* Kosten und Erlöse der antragsstellenden Kraftwerksbetreiber abzustellen (nachfolgend, Bemerkungen zu Art. 94) und diesen nicht mittels der Marktpremie über einen WACC bei den Gestehungskosten zusätzlich einen garantierten Gewinn für ihre *Tätigkeit im freien Markt* zuzugestehen (nachfolgend, Bemerkungen zu Art. 95 Abs. 2).

Art. 93 Einzelheiten zur Anspruchsberechtigung

Antrag: streichen.

Absatz 1:

Bei Anspruchssubventionen gehören der Zweck der Beitragsgewährung, der Kreis der Berechtigten und der Bemessungsrahmen in das *formelle* Gesetz. Aus dem Gesetz soll ersichtlich sein, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit ein Rechtsanspruch entsteht. Zur Gewährleistung eines sachgerechten Mitteleinsatzes und im Interesse der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit bedürfen regelmässig widerkehrende Subventionsleistungen einer ins Einzelne gehenden rechtsatzmässigen Normierung (TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Aufl. Bern 2014, § 46 Rz. 19). Diese Grundsätze müssen auch in Bezug auf die bis Ende 2022 zu erstattende Marktprämie gelten.

In Absatz 1 soll der Kreis der anspruchsberechtigten Anlagen erweitert werden. Nebst Grosswasserkraftwerken mit einer Leistung von mindestens 10 MW sollen auch *Anlageverbunde*, die *zusammen* diese Mindestleistung erreichen, in den Genuss der Marktprämie kommen. Voraussetzung hierfür soll sein, dass die Einzelanlagen miteinander hydraulisch verknüpft und gemeinsam optimiert sind und die Gestehungskosten *insgesamt* nicht gedeckt sind. Damit wird der Kreis der anspruchsberechtigten Anlagen über die Vorgaben in Artikel 30 Absatz 1 nEnG hinaus ausgedehnt. Der Aspekt, welche Anlagen von der Marktprämie profitieren sollen, stellt eine rechtsetzende Bestimmung dar. Es handelt sich nicht um blossen Gesetzesvollzug. Der Bundesrat ist vom Gesetzgeber nicht ermächtigt worden, Einzelheiten zum Kreis der Anspruchsberechtigten festzulegen. Absatz 1 ist nach unserer Auffassung gesetzeswidrig.

Falls die bisherigen Konzeption in der EnFV beibehalten werden sollte, wird effektiv nicht überprüft, ob der Anlageverbund insgesamt die Energie unter den Gestehungskosten am Markt verkaufen musste; dies, da gemäss Artikel 95 EnFV zur Bestimmung der Höhe der Erlöse nicht auf die tatsächlichen Erträge der Einzelanlagen, sondern in jedem Fall auf den Sportmarkt-Börsenpreis abgestellt werden soll. Lediglich in Bezug auf Anlagen in einem Einspeisevergütungssystem sollen stattdessen die Vergütungssätze relevant sein (Art. 94 Abs. 4 EnFV). Auch dies spricht dagegen, dass Anlagen mit einer Leistung unter 10 MW von der Marktprämie profitieren sollen.

Absatz 2:

In Absatz 2 ist vorgesehen, dass Energieversorgungsunternehmen (EVU), die von einem Grosswasserkraftwerk mit einer Leistung von mehr als 10 MW Energie abnehmen, nicht in den Genuss der Marktprämie kommen sollen, wenn die massgeblichen Verträge nach dem 1. Januar 2016 abgeschlossen wurden oder eine Laufzeit von weniger als drei Jahren haben. Wir haben bereits in der Ämterkonsultation darauf hingewiesen, dass Absatz 2 aus unserer Sicht nicht gerichtsbeständig ist und deshalb die Streichung dieser Bestimmung beantragt (Ämterkonsultation EICom, S. 5). Damit werden die Rechte der gestützt auf Artikel 30 Absatz 2 nEnG berechtigten EVU tangiert. Mangels einer Delegationsnorm im Gesetz ist der Bundesrat nicht befugt, eine den Kreis der Anspruchsberechtigten der Marktprämie *einschränkende* rechtsetzende Bestimmung zu erlassen.

Da in Bezug auf den Aspekt der Anspruchsberechtigten der Marktprämie keine Delegationsnorm im EnG geschaffen wurde, kann es sich bei Artikel 93 Absatz 2 nEnFV lediglich um eine Vollzugsbestimmung handeln, welche *aus dem Gesetz ableitbare* Vorgaben konkretisiert. Aus dem Wortlaut von Absatz 2 ergibt sich jedoch keine derartige Einschränkung. Das BFE verweist im erläuternden Bericht auf ein Zitat des Kommissionsprechers der UREK-N anlässlich der Parlamentsdebatte. Konkret handelt es sich um folgende Formulierung: *Konstruktive mit kurzfristigen Vertrags- und Verhältnissänderungen*, um in den Genuss dieser Prämien zu kommen, sollen wie jeder andere *Missbrauch* durch den Bundesrat unterbunden werden können (...)“ (AB 2016 N 1248, Votum Müller-Altmetatt).

Die Gesetzesmaterialien sind für die Gesetzesinterpretation weder verbindlich noch für die Auslegung unmittelbar entscheidend. Ein Gesetz entfaltet ein eigenständiges, vom Willen des Gesetzgebers unabhängiges Dasein, sobald es in Kraft getreten ist. Insbesondere sind Äusserungen von Stellen oder Personen, die bei der Vorbereitung mitgewirkt haben, nicht massgebend, wenn sie im Gesetzestext

nicht selbst zum Ausdruck kommen. Das gilt auch für Äusserungen, die unwidersprochen geblieben sind. Als verbindlich für die Gerichte können nur die Normen selbst gelten, die vom Gesetzgeber in der hierfür vorgesehenen Form erlassen worden sind. Das bedeutet nicht, dass die Gesetzmaterien methodisch unbeachtlich wären; sie können namentlich dann, wenn eine *Bestimmung unklar* ist oder *verschiedene, einander widersprechende Auslegungen* zulässt, beigezogen werden, sofern sie auf die streitige Frage eine klare Antwort geben oder dem Gericht als Hilfsmittel dienen, den Sinn einer Norm zu erkennen und damit falsche Auslegungen zu vermeiden. Wo die Materialien keine eindeutige Antwort geben, sind sie als Auslegungshilfe indessen nicht dienlich. Der Wille des historischen Gesetzgebers darf zwar insbesondere bei jüngeren Gesetzen nicht übergangen werden, weil veränderte Umstände oder ein gewandeltes Rechtsverständnis eine andere Lösung weniger nahelegen. Hat dieser Wille jedoch *im Gesetzestext keinen Niederschlag* gefunden, so ist er für die Auslegung nicht entscheidend (BGE 139 III 368 E. 3.2, 137 V 167 E. 3.2, 136 I 297 E. 4.1; zum Ganzen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts A-5557/2015 E. 5.1).

Inhaltlich würde die EICom die angedachte Eingrenzung der Anspruchsberechtigten begrüssen. Artikel 30 Absatz 2 nEng enthält jedoch keine solche Einschränkung, wie sie in Artikel 93 Absatz 2 EnFV vorgesehen ist. Der Wortlaut des Gesetzes ist klar und unmissverständlich: Die *einzige* Voraussetzung für die Anspruchsberechtigung von EVU, die sich vertraglich zur Abnahme von marktpremienberechtigter Energie zu Gestehungskosten verpflichten, ist, dass der Eigner des betreffenden Kraftwerks, die Risikotragung durch den Vertragspartner bestätigt. Dass der Bundesrat berechtigt sein soll, den Kreis der Anspruchsberechtigten einzuschränken, um Missbrauch zu bekämpfen, hat in Artikel 30 Absatz 2 nEng keinen Niederschlag gefunden. Aus den allgemeinen Ausführungen des Kommissionsprechers der UREK-N lässt sich im Übrigen nicht ableiten, dass der Gesetzgeber EVU, die *ab dem 1. Januar 2016* einen Vertrag abschliessen oder über einen Vertrag mit einer *Laufzeit unter drei Jahren* verfügen, vom Kreis der Anspruchsberechtigten gemäss Artikel 30 Absatz 2 nEng ausschliessen wollte.

Am 1. Januar 2016 waren die neuen Bestimmungen im Eng zur Marktpremie noch nicht bekannt. Wenn schon, müsste auf das spätere Datum der Schlussabstimmung in der Bundesversammlung abgestellt werden. Erst zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung in der Bundesversammlung über die neuen Bestimmungen im Eng vom 30. September 2016 wussten die EVU über die Einführung der Marktpremie definitiv Bescheid. Vor diesem Datum wurden nicht im Sinne eines Konstruktes zu überhöhten Bedingungen Verträge abgeschlossen, um in den Genuss der Marktpremie zu kommen. Die Marktpremie soll bereits für im Jahr 2017 stattfindende Energielieferungen ausgerichtet werden. Somit wären Energielieferverträge, die im Jahr 2015 mit einer Laufzeit von unter drei Jahren abgeschlossen wurden, vom Kreis der Anspruchsberechtigten nach Art. 30 Abs. 2 nEng ausgenommen. Verträge mit einer Laufzeit unter drei Jahren stellen nicht per se einen Missbrauchstatbestand dar, insbesondere wenn sie vor dem Datum der Schlussabstimmung abgeschlossen wurden.

Art. 94 Markterlös

Anträge:

Absatz 1: Ertragsseitig wird nur der Erlös berücksichtigt, der aus dem Verkauf von Elektrizität am Markt stammt (Markterlös). Nicht-betücksichtigt werden Zudem zu berücksichtigen sind die übrigen Erträge, die mit dem Kraftwerk erzielt werden, insbesondere Erlöse für Systemdienstleistungen und Herkunftsnachweise.

Absätze 2 bis 4 streichen.

Absatz 1:

Der Gesetzgeber wollte mit der Einführung der Marktpremie verhindern, dass bei den Betreibern und Eigentümern von Grosswasserkraftwerken angesichts der zur Zeit tiefen Preise auf dem Strommarkt ungedeckten Gestehungskosten (= Verluste) resultieren (vgl. Art. 30 Abs. 1 nEng). Für die EICom ist

vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar, weshalb bei der Beurteilung der Unterstützungsbedürftigkeit eines Unternehmens nicht auf *sämtliche* Erträge, die mit einem Grosswasserkraftwerk erzielt werden, abzustellen ist. Wenn ein Grosswasserkraftwerk unter Berücksichtigung der Erlöse für SDL und Herkunftsnachweise seine Gestehekungskosten zu decken vermag, ist kein Grund ersichtlich, weshalb von den Endverbrauchern über den Netzzuschlag finanzierte Unterstützungsleistungen gesprochen werden sollen. Bei Berücksichtigung unseres Anliegens sollte in Artikel 98 Absatz 2 EnFV vorgehen werden, dass mit einem Gesuch um eine Marktpremie Belege über die mit einem Grosswasserkraftwerk erzielten Erlöse für SDL und Herkunftsnachweise einzureichen sind. Die übrigen Erträge des Kraftwerks sollten bereits aus dem einzureichenden Jahresabschluss ersichtlich sein. Falls die Kraftwerksbetreiber oder deren Eigentümer keine derartigen Erträge deklarieren, sollen sie dies in ihrem Gesuch unterschriftlich bestätigen. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass gemäss der Konzeption des BFE die Erlöse für Herkunftsnachweise zur Berechnung der Investitionszuschüsse für die Grosswasserkraft von den Gestehekungskosten in Abzug zu bringen sind (Art. 67 Abs. 4 EnFV). Dieser Grundsatz müsste konsequenterweise auch bei der Marktpremie beachtet werden.

Absätze 2 und 3:

Gemäss Artikel 30 Absatz 1 nEnG ist diejenige Energiemenge aus Grosswasserkraftwerken mit einer Leistung von mehr als 10 MW marktpremienberechtigt, die „*am Markt unter den Gestehekungskosten verkauft werden muss*“. Um dieses Kriterium einhalten zu können, muss für die Ermittlung der Marktpremie auf die Differenz zwischen den Gestehekungskosten und den Erlösen eines Grosswasserkraftwerks abgestellt werden. Insofern wäre es sachgerechter, wenn nicht auf einen Referenzpreis, sondern auf die effektiven Erlöse der nicht an die Grundversorgung zuordenbaren Elektrizität abgestellt wird. **Nur in diesem Fall ist gewährleistet, dass Gesuchsteller finanziell unterstützt werden, die tatsächlich Energie unter den Gestehekungskosten verkaufen müssen.** Wir schlagen daher vor, dass der Bundesrat auf seine Rechtssetzungskompetenz in Artikel 30 Absatz 4 nEnG verzichtet. Wenn nicht auf einen Referenzpreis, sondern auf die effektiven Erträge des Kraftwerks abgestellt wird, entsteht kein wesentlicher administrativer Mehraufwand. Die massgebenden Belege sind bei den gesuchstellenden Unternehmen vorhanden. Die Erträge des Kraftwerks sind bereits aus dem einzureichenden Jahresabschluss ersichtlich (Art. 98 Abs. 2 Bst. c EnFV). Lediglich Erlöse für SDL und Herkunftsnachweise müssten separat einverlangt werden (vgl. vorne zu Abs. 1). Zu beachten ist in diesem Zusammenhang insbesondere, dass die Deklaration von unrichtigen oder unvollständigen Daten unter Strafe steht (Art. 70 Abs. 1 Bst. c nEnG). Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die Antragsteller falsche Angaben über die tatsächlichen Erlöse machen werden.

In Absatz 3 ist vorgesehen, dass auch für die ausserbörslich und langfristig gehandelte Elektrizität der stündliche Spotpreis der Swissix als Marktpreis gelten soll. Auf dieser Basis sei der Markterlös für jede Grosswasserkraftanlage einzeln anhand des mit ihr stündlich gefahrenen Profils zu berechnen (Abs. 2). Der Spotmarkt-Börsenpreis ist für die Preisbildung bei langfristigen Transaktionen und OTC-Geschäften nicht relevant. Ein auf dem Spotmarktpreis der Swissix basierender Referenzpreis bildet die wahren Verhältnisse nicht ab. Wir bezweifeln, dass Strom aus Eigenproduktion tatsächlich zu den Konditionen des Swissix-Preises angeboten werden muss, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Wir gehen nicht davon aus, dass es (viele) freie Kunden gibt, die zu Konditionen gemäss dem Spotmarkt-Börsenpreis beliefert werden. Da die individuellen Preiskonditionen in den Verträgen zwischen freien Kunden und Netzbetreibern den Behörden nicht bekannt sind, kann über den Preis, um konkurrenzfähig zu bleiben, ohne Brancheninsidewissen nur gemutmasst werden. Aufgrund der Deklarationen in den Kostenrechnungen haben wir Kenntnis davon, dass zahlreiche Nachlieger (=freie Kunden) bereit sind, den Strom zu über 6 Rp./kWh abzunehmen. Falls der Verkäufer mehrheitlich am Energie abnehmenden Vertragspartner beteiligt ist, kann der Strompreis im Einzelfall über 10 Rp./kWh betragen.

Gestützt auf die Delegationsnorm in Artikel 30 Absatz 4 Buchstabe a nEnG hätte der Bundesrat die Möglichkeit für verschiedene Beschaffungsarten (bspw. langfristige versus kurzfristige Bezugsverträge sowie börsliche Transaktionen versus ausserbörslich getätigte Geschäfte) *unterschiedliche* Referenzpreise einzuführen. Sollte das BFE an der Anknüpfung am Referenzpreis festhalten, wäre ein solches

Prozedere sehr zu empfehlen, um sicherzustellen, dass diejenigen Unternehmen von der Marktpremie profitieren, die potentiell am ehesten eine finanzielle Unterstützung benötigen.

Absatz 4:

Gemäss Absatz 4 soll bei Anlagen im Einspeisevergütungssystem auf den Vergütungssatz als Markterlös abgestellt werden. Damit wird für diese Anlagen auf die tatsächlichen Erträge für den Energieverkauf aus dem KEV-Fonds abgestellt, was wir grundsätzlich begrüssen. Anlagen im Einspeisevergütungssystem können im Zusammenhang mit der Marktpremie lediglich als Einzelanlagen im Rahmen eines Anlageverbunds eine Rolle spielen. Wir erachten diese Ausdehnung der marktpremienberechtigten Anlagen als Gesetzeswidrig und beantragen die Aufhebung von Artikel 93 Absatz 1 EnFV. In diesem Fall ist konsequenterweise auch Absatz 4 aufzuheben.

Art. 95 Grundversorgungsabzug und Verkauf an die Grundversorgung

Anträge:

Regeste: ~~Gestehungs- und andere Kosten~~

Absatz 1: *Als Gestehungskosten werden nur die für eine effiziente Produktion unmittelbar nötigen Betriebs- und Kapitalkosten berücksichtigt, nicht aber andere Kosten wie solche für gesamtbetriebliche Leistungen, und die Gewinnsteuern, sofern zu Steuerzwecken fingierte Gewinne ausgewiesen werden. Ebenso wenig stellen Dividendenzahlungen an Aktionäre Gestehungskosten dar.*

Absätze 2 und 3 streichen

Absatz 1:

In den Jahreskosten von Partnerwerken wird oft eine Dividende ausgewiesen. Dies ist bspw. bei der Kraftwerke Lindt-Limmern AG der Fall (MICHEL PIOT, Wirtschaftlichkeit der Wasserkraft in der Schweiz, in: WasserWirtschaft 1/2017). In Absatz 1 sollte daher ergänzend festgehalten werden, dass die Gestehungskosten keine Dividenden enthalten dürfen. Die Dividenden sind als Gewinnverwendung aus dem allfälligen Gewinn einer Kraftwerksgesellschaft zu finanzieren. Andernfalls hinge die zugesprochene Marktpremie u.a. von der Höhe der Dividendenzahlungen an die Aktionäre der Kraftwerksgesellschaft ab.

Absatz 2:

Gemäss Absatz 2 soll für die Kapitalkosten der kalkulatorische Zins gemäss Artikel 70 EnFV massgeblich sein. Es ist konzeptionell vorgesehen, dass mit dem Gesuch um Marktpremie die Jahresabschlüsse pro Anlage eingereicht werden müssen. Die Gestehungskosten sind aufgrund der Jahresabschlüsse auszuweisen (Art. 98 Abs. 2 Bst. c EnFV).

Der WACC beschreibt, welche Rendite die Kapitalgeber im Durchschnitt auf ihr eingesetztes Kapital unter Berücksichtigung des eingegangenen Risikos erwarten können. Er berechnet sich vorliegend aus der Summe des mit 50 Prozent gewichteten Eigenkapitalkostensatzes und des mit 50 Prozent gewichteten Fremdkapitalkostensatzes. Insofern handelt es sich um einen **pauschalisierten kalkulatorischen** Zinssatz, der nicht auf die effektiven Finanzierungsverhältnisse – insbesondere die effektive Höhe der Fremdkapitalzinsen – eines einzelnen Verteilnetzbetreibers abstellt.

Die EICom würde es sehr begrüssen, wenn auf die Schaffung eines WACC zur Bestimmung der Marktpremie verzichtet werden könnte. Die EICom lässt es im Rahmen von **Tarifprüfungsverfahren** zu, dass die *Verteilnetzbetreiber* mittels eines WACC Produktion einen angemessenen Gewinn in ihre Energietarife einkalkulieren. Dieser angemessene Gewinn ist Bestandteil der Kosten der Eigenproduktion und damit der anrechenbaren Energiekosten in der Grundversorgung. Bei langfristigen Investitionen ist eine adäquate Kapitalverzinsung nicht zu beanstanden.

Die Marktpremie kann für diejenige Energiemenge verlangt werden, welche **nicht** den Endverbrauchern mit Grundversorgung zugeordnet werden kann. Die Marktpremie ist vorderhand auf fünf Jahre beschränkt. Mit der Marktpremie soll sichergestellt werden, dass die Anspruchsberechtigten nicht auf *ungedeckten* Gestehungskosten sitzen bleiben. Bei der Beurteilung der Unterstützungsbedürftigkeit eines Antragstellers sollte nicht auf die kalkulatorischen Kosten abgestellt werden, die rein hypothetisch sind, sondern auf die effektive Höhe der geleisteten Fremdkapitalzinsen. Diese Angabe kann den einzureichenden Jahresabschlüssen entnommen werden (Art. 98 Abs. 2 Bst. c EnFV). Wird hingegen wie vorgesehen der auf kalkulatorischen Kosten basierende WACC zugestanden, könnten die Antragsteller selbst dann eine Marktpremie zugesprochen erhalten, wenn zwar ihre *tatsächlichen* Kosten *gedeckt* sind, aber sie keine angemessene Rendite in der Höhe des vom Bundesrat festgelegten WACC erzielen. Die Schaffung eines WACC im Anwendungsbereich der Marktpremie würde somit dazu führen, dass für nicht an die Grundversorgung veräusserbare Energie, die auf dem freien Markt verkauft wird, zusätzlich zu den Gestehungskosten ein Gewinn geltend gemacht werden könnte. Eine solche Konzeption ist aus marktwirtschaftlicher Sicht nicht zielführend. Im Falle einer Gewinngarantie würden bei den anspruchsberechtigten Unternehmen keine Anreize für Massnahmen zur Verbesserung der eigenen Situation wie bspw. für interne kostendämpfende Massnahmen und damit zum Ausstieg aus der Subvention gesetzt. Zudem geht es hier um den Erhalt der Kraftwerke und nicht um garantierte Gewinne an deren Eigentümer. Eine Gewinngarantie ist in einer Marktwirtschaft grundsätzlich fehl am Platz.

Absatz 3:

In Absatz 3 ist vorgesehen, dass das BFE die Betriebs- und Kapitalkosten mittels einer Richtlinie näher festlegen darf, insbesondere die Anrechenbarkeit von Abschreibungen. Es ist rechtlich unzulässig, mittels einer Richtlinie der für den Vollzug zuständigen Behörde die Anrechenbarkeit von übermässig abgeschriebenen Grosswasserkraftanlagen zu erlauben, wenn sich die betreffenden Vorgaben nicht auf generell-abstrakte Erlassbestimmungen stützen lassen. Eine Richtlinie stellt nichts anderes dar als die Bekanntgabe der Praxis einer Behörde bei der Anwendung ausgewählter Rechtsnormen. Eine behördliche Richtlinie unterscheidet sich insofern nicht von einer Weisung, auch wenn sie nicht explizit als solche bezeichnet wird. Die Praxis der rechtsanwendenden Behörde darf sich nicht allein auf eine Richtlinie stützen. Für die rechtliche Bindungswirkung der Inhalte der Richtlinie ist es unabdingbar, dass sich diese aus den massgeblichen Gesetzen und Verordnungen ableiten lassen. Eine Richtlinie stellt damit kein zulässiges Instrument dar für die Verbindlichmachung von generell-abstrakten Regelungsinhalten, wie dies bei den Kriterien für die Bestimmung der anrechenbaren Kosten der Fall ist. Insbesondere kann das BFE mittels einer Richtlinie nicht die Anrechenbarkeit von Abschreibungen erweitern, solange die gewünschte Sonderregelung nicht gleichzeitig mit hinreichender Bestimmtheit in einer Verordnung enthalten ist. Anstatt eine Richtlinie zu verfassen, müsste das BFE demnach eine Amtsverordnung mit einer entsprechend lautenden Regelung erlassen. Hierzu wäre eine Delegation dieser spezifischen Rechtssetzungskompetenz an das BFE in der EnFV erforderlich (Art. 30 Abs. 4 Bst. d EnG).

Weiter soll es dem BFE als rechtsanwendende Behörde „*im Einzelfall*“ möglich sein, zusätzlich zu den für eine effiziente Produktion unmittelbar nötigen Betriebs- und Kapitalkosten weitere Kosten zur Anrechnung zuzulassen. Gemäss dem erläuternden Bericht soll das BFE solche Kosten nur in speziellen und begründeten Fällen zulassen. Als solcher Fall denkbar sei etwa der Aufwand für den Kauf von grenzüberschreitender Übertragungsnetzkapazität im Rahmen von Auktionen. Eine solche Privilegierung würde zu einer Ungleichbehandlung der Berechtigten der Marktpremie gegenüber den Händlern führen, welche die Auktionskosten selber tragen müssen.

Die Formulierung „im Einzelfall“ suggeriert, dass gewisse Aufwände ausnahmsweise bei bestimmten Antragstellern berücksichtigt werden dürfen, bei den übrigen Antragstellern jedoch nicht. Mit einer derartigen Privilegierung würden die Gesuchsteller ohne objektiv nachvollziehbaren Grund ungleich behandelt. Sollen bestimmte Positionen bei den Gestehungskosten zusätzlich berücksichtigt werden, hat dies das BFE im Falle des Vorliegens der erforderlichen Ermächtigung des Bundesrats in einer Amtsverordnung explizit festzuhalten. Dies würde dann für alle potentiellen Gesuchsteller gelten.

Aus Sicht der ElCom genügt jedoch die allgemeine Regelung in Absatz 1. Weiterer Aufwand ist bei der Berechnung der Gesteungskosten nicht zu berücksichtigen. Tendenziell sollten die für die Beurteilung der Marktpremie relevanten Gesteungskosten tiefer und nicht höher sein als die Gesteungskosten gemäss der Stromversorgungsgesetzgebung (vgl. vorne, Bemerkungen zu Abs. 2). Von der Marktpremie sollen nur inländische Kraftwerke sowie Grenzkraftwerke profitieren dürfen. Aufgrund der heutigen Marktsituation in Europa ist nicht anzunehmen, dass ein ausländischer Energieversorger zurzeit am Kauf von Strom aus Schweizer Wasserkraft interessiert ist. Insofern spricht die im erläuternden Bericht erwähnte Konstellation wohl ausschliesslich den von Grenzkraftwerken in der deutschen Regelzone produzierten Strom an. Strom aus Grenzkraftwerken kann bereits gestützt auf das geltende Recht kostenlos in die Schweiz importiert werden (Art. 13 Abs. 3 Bst. c i.V.m. Art. 17 Abs. 1 StromVG). Im Rahmen des 1. Massnahmepakets der Revision StromVG ist vorgesehen, dass der Vorrang für Grenzkraftwerke bestehen bleiben soll.

In Artikel 31 Absatz 3 nEnG ist festgehalten, dass die Berechtigten die „Gesteungskosten“ der an die Grundversorgung veräusserbaren, nicht marktpremienberechtigten Energiemenge bei ihren Verkäufen in der Grundversorgung in die dortigen Tarife einrechnen dürfen. Das darf auch tun, wer infolge des Abzugs keine Marktpremie erhält. Dies spricht dafür, dass soweit immer möglich, für die Berechnung der Gesteungskosten auf die Vorgaben des Stromversorgungsrechts zurückzugreifen ist.

Art. 96 Grundversorgungsabzug

Antrag zu Absatz 2: Die Berechtigten können statt des Abzugs nach Absatz 1 einen bereinigten Grundversorgungsabzug zur Anwendung bringen. Dieser wird gebildet, indem der Abzug nach Absatz 1 um die in der Grundversorgung verkaufte Elektrizität verringert wird, die aus anderen erneuerbaren Energien stammt, ausser wenn es sich um Elektrizität handelt, die

- a. im Einspeisevergütungssystem, nach neuem oder altem Recht, oder anderweitig unterstützt wird;*
- b. nicht aus eigenen Anlagen stammt, es sei denn der Bezug beruhe auf langjährigen und vor dem 1. Januar 2016 abgeschlossenen Verträgen.*

Berechtigte, die mit der Grundversorgung nach Artikel 6 StromVG betraut sind, müssen für die Bestimmung der zur Marktpremie berechtigenden Menge Elektrizität rechnerisch diejenige Menge abziehen, die sie in der Grundversorgung maximal verkaufen könnten (Art. 31 Abs. 1 nEnG). Gemäss Artikel 31 Absatz 2 nEnG reduziert sich die abziehende Menge im Umfang anderer Elektrizität aus erneuerbaren Energien in der Grundversorgung. Die Einschränkungen in Absatz 2 Buchstaben a und b lassen sich nicht auf die gesetzlichen Vorgaben stützen (zum Aspekt der Missbrauchsbekämpfung vgl. vorne, Bemerkungen zu Art. 93 Abs. 2). Insofern besteht kein Raum für eine Konkretisierung in einer Vollziehungsverordnung. Eine Delegationsnorm, welche den Bundesrat ermächtigen würde, Einzelheiten zur Berechnung des Grundversorgungsabzugs zu regeln, existiert nicht. Es ist davon auszugehen, dass Absatz 2 Buchstaben a und b im Streitfall von den Gerichten als gesetzeswidrig eingestuft werden könnte und nicht angewendet würde.

Art. 98 Gesuch

Antrag:

Absatz 2 Buchstabe c:

die anrechenbaren Kosten pro Anlage, gestützt auf einen Jahresabschluss Einzelabschluss für das anspruchsberechtigte Kraftwerk.

Neuer Absatz 2 Buchstabe f:

die Erträge des Kraftwerks, für dessen Energie die Marktpremie geltend gemacht wird, gestützt auf einen Einzelabschluss der Kraftwerksgesellschaft. Falls keine Erlöse für SDL und Herkunftsnachweise deklariert wurden, ist dies schriftlich zu bestätigen.

Absatz 3 Buchstabe a:

Das Grundversorgungspotential anhand des stündlichen Lastprofils der Endverbraucher mit Grundversorgung:

Absatz 2 Buchstabe c:

In den Absätzen 2 und 3 ist festgehalten, welche Informationen die Berechtigten ausweisen müssen (u. a. das Grundversorgungspotential, den Grundversorgungsabzug und die anrechenbaren Kosten). Mit welchen Dokumenten diese Ausweisung zu geschehen hat, beantwortet der Verordnungsentwurf mit Ausnahme der anrechenbaren Kosten nicht. Zur Verhinderung des Missbrauchs sollte daher in der Verordnung unmissverständlich gefordert werden, dass in Bezug auf jedes marktpremienberechtigte Kraftwerk ein Einzelabschluss einzureichen ist, also auch für Kraftwerke, die nicht in eine separate Gesellschaft ausgegliedert wurden. Anhand der Einzelabschlüsse kann verifiziert werden, ob antragstellende Aktionäre der Kraftwerksgesellschaften tatsächlich für nicht gedeckte Gestehungskosten aufkommen müssen.

Absatz 2 Buchstabe f:

Die ElCom vertritt den Standpunkt, dass bei der Berechnung der Marktpremie nicht auf einen Referenzpreis, sondern auf die tatsächlich angefallenen Erlöse des Kraftwerks abzustellen ist. Daher ist konsequenterweise zu fordern, dass auch die Erträge für SDL und Herkunftsnachweise ausgewiesen werden. Falls keine derartigen Erlöse deklariert werden, sollte unterschriftlich bestätigt werden, dass keine solchen angefallen sind (vorre, Bemerkungen zu Art. 94).

Absatz 3 Buchstabe a:

Nur mit einer Berechnung des Grundversorgungspotentials auf Stundenbasis kann sichergestellt werden, dass die gesuchstellenden Verteilnetzbetreiber den Endverbraucher zu jenen Zeiten die Produktion von Energie aus marktpremienberechtigten Anlagen zuweisen, in denen die betreffende Energiemenge tatsächlich benötigt wird. Es ist daher zu begrüssen, dass gemäss Absatz 2 Buchstabe b mit einem Gesuch um Marktpremie die *stündlich* gefahrenen Profile pro Anlage einzureichen sind. Konsequenterweise ist auch das *stündliche* Lastprofil der Endverbraucher mit Grundversorgung einzuverlangen. Diese Abgabe ist auch erforderlich, damit die ElCom überprüfen kann, damit die ElCom überprüfen kann, ob für eine Energiemenge ein Antrag auf Marktpremie gestellt wurde, welche der Grundversorgung zur Kostentragung zugeordnet wurde (Art. 98 Abs. 5 EnFV).

Art. 99 Verfahren beim BFE

Absatz 5:

Gemäss Absatz 5 unterstützt die ElCom das BFE beim Vollzug: unter anderem, indem es die bei ihr verfügbaren Daten zur Grundversorgung weitergibt. Wir gehen davon aus, dass damit die Daten zur Grundversorgung in der Kostenrechnung angesprochen sind, welche die Verteilnetzbetreiber jährlich bei der ElCom einzureichen haben. Zurzeit erhebt die ElCom nur wenige und allgemeine Daten über die Grundversorgung. Erfasst werden die Liefermengen und die Kosten der Eigenproduktion und des Einkaufs, welche den gebundenen Endverbraucher und den freien Kunden zugewiesen werden sowie die durchschnittlichen Erlöse der einzelnen Tarife in der Grundversorgung (Kostenrechnung [Demoversion], abrufbar unter www.elcom.admin.ch > Dokumentation > Berichte und Studien, Formulare 5.2 und 5.3). Dabei wird bislang jedoch nicht zwischen verschiedenen Energiequellen differenziert (Wasserkraft, andere erneuerbare Energien, Strom ohne ökologischen Mehrwert).

Diese Selbstdisklarationen werden dem BFE keinen signifikanten Mehrwert bringen. Sie sind nicht verlässlicher als Selbstdisklarationen in den Gesuchseingaben und unseres Erachtens für die Missbrauchsbekämpfung nur beschränkt dienlich. Lediglich im Falle eines zum Zeitpunkt des Subventionsentscheids bei der ElCom hängigen Tarifprüfungsverfahrens könnten detailliertere Unterlagen wie ein

G-Bogen vorhanden sein. Aus dem G-Bogen ist in Bezug auf einen Verteilnetzbetreiber im Detail ersichtlich, wie sich die eigenen Kraftwerkskapazitäten (inkl. Beteiligungen an Kraftwerksgesellschaften) und der Einkauf im Einzelnen zusammensetzen. Auch ein G-Bogen beruht auf SelbstdeklARATIONEN. Im Rahmen von Tarifprüfungen wird dieser unter anderem anhand der Daten in den Geschäftsberichten der Partnerwerke plausibilisiert. **Dies verdeutlicht, dass sichergestellt werden sollte, dass in Bezug auf sämtliche marktpremienberechtigten Kraftwerke unabhängig der gesellschaftsrechtlichen Gliederung ein Einzelabschluss eingereicht wird** (vgl. vorne zu Art. 98).

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Überprüfung der anrechenbaren Energiekosten in der Grundversorgung auch im Bereich der Grosswasserkraft weiterhin Sache der ElCom bleibt (S. 29). Die ElCom soll dafür zuständig sein, zu verhindern, dass eine Marktpremie für Energie bezogen wird, welche gleichzeitig der Grundversorgung verkauft wird. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Entscheid des BFE über die Höhe der Marktpremie keine präjudizielle Wirkung auf die Höhe der der Grundversorgung zuzuweisenden Energiemenge sowie der anrechenbaren Gestehungskosten in einem Tarifprüfungsverfahren hat.

3. Stromversorgungsverordnung (StromVV)

Vorbemerkungen

In Artikel 20a nStromVG wird die schweizerische Netzgesellschaft verpflichtet, Personensicherheitsprüfungen durchführen zu lassen. Diese richten sich nach Artikel 20 des Gesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS). Der Bundesrat wird ermächtigt, die der Prüfung unterstehenden Personen zu bezeichnen und das Verfahren zu regeln. In der StromVV finden sich dazu keine Bestimmungen. Wir würden es daher begrüssen, wenn die zuständige Prüfbehörde, das Verfahren und mit Blick auf das neue Informationssicherheitsgesetz der Kreis der betroffenen Personen in der Verordnung bezeichnet wird.

Artikel 3a Absatz 1

Antrag:

¹ Grundeigentümer haben Anspruch auf Wechsel des Netzansschlusspunktes, um Eigenverbrauch nach Artikel 17 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG) geltend zu machen. (...).

Aus den Erläuterungen zum Eigenverbrauch geht nicht eindeutig hervor, ob Grundeigentümer Anspruch auf Wechsel ihres bestehenden Netzan schlusses haben, um Eigenverbrauch geltend zu machen. Eine Präzisierung wäre daher hilfreich. Sie auch Anmerkungen zu Artikel 16 EnV.

Artikel 8a Intelligente Messsysteme

Absatz 1:

Im Hinblick auf die im Rahmen der Revision StromVG in Betracht gezogene Teil liberalisierung des Messstellenbetriebs und der Messdienstleistungen für Endverbraucher bzw. Liberalisierung des Messstellenbetriebs und der Messdienstleistungen für Produzenten und grosse Prosumer (vgl. Schlussbericht AG Netzaspekte, S. 20) ist fraglich, ob ein sofortiger Rollout von intelligenten Messsysteme sinnvoll ist.

Artikel 17a nStromVG sieht intelligente Messsysteme beim Endverbraucher vor. Als anrechenbare Kosten gelten gemäss Artikel 15 Absatz 1 nStromVG Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme beim Endverbraucher. Dass bei den Erzeugern intelligente Messsysteme einzusetzen sind, stützt sich nicht auf eine gesetzliche Bestimmung. Entsprechend sind Kosten für intelligente Messsysteme bei Erzeugern nicht anrechenbare Kosten des Netzbetreibers. Siehe auch Bemerkungen zu Artikel 13a StromVV.

Absatz 2 Buchstabe b:

Antrag:

²Ein effizientes digitales Kommunikationssystem, (...) gewährleistet, wobei nur die anteilige Nutzung eines Kommunikationsnetzes effizient ist, und

In der Erläuterung wird dargelegt, dass es dem Netzbetreiber freistehe zu wählen, welches Kommunikationssystem er einsetzt. Dabei werden verschiedene Systeme aufgezählt u.a. Glasfaserkabel. Sofern über das Kommunikationssystem weitere Fernmeldedienste erbracht werden, sind die entsprechenden Kostenanteile nicht anrechenbar und von den Netzkosten eindeutig und nachvollziehbar abzugrenzen (S. 8). Die Smart Meter Daten (1/4 Stunden Werte) brauchen nur einen sehr kleinen Teil der Kapazität eines Glasfasernetzes. Ein Glasfasernetz ist somit kein effizientes Kommunikationssystem für ein intelligentes Messsystem, wenn es nicht zusammen und anteilmässig mit anderen Kommunikations- oder Fernmeldediensten genutzt wird. Mit den Netzkosten würden in diesem Fall vor allem andere Medien quersubventioniert (vgl. Anfrage betreffend Kostentragung für Glasfasern für Smart Metering / Smart Grid vom 8. Juli 2011, abrufbar unter www.elcom.admin.ch > Dokumentation > Mitteilungen). Wir würden es daher begrüssen, wenn diese wichtige Einschränkung nicht nur im erläuternden Bericht sondern ebenfalls direkt in der Verordnungsbestimmung geregelt würde.

Absatz 3 Buchstabe d:

Wir weisen darauf hin, dass eine Abgrenzung der Kosten für die Datenverwaltung für andere Medien sehr schwierig ist und daher das Risiko besteht, dass der Endverbraucher des Netzes die dafür anfallenden Kosten trägt.

Aus dem Verordnungstext geht nicht klar hervor, ob die Voraussetzungen (z.B. Busschnittstelle) vorhanden oder bereits eingerichtet sein müssen, d.h. ob auch die Datenverwaltung bereits mit entsprechenden Erweiterungen versehen sein muss, auch wenn die fremden Medien noch nicht eingebunden sind. Im Verordnungstext sollte stehen, dass die zusätzlichen Kosten der Einrichtungen und der Datenverwaltung anderer Medien nicht in die Netzkosten gerechnet werden dürfen, und dass die Messsysteme lediglich die Voraussetzungen, nicht aber bereits die entsprechenden Kosten verursachenden Erweiterungen enthalten sollen, solange nicht tatsächlich andere Medien eingebunden werden und die entsprechenden Kosten durch diese getragen werden können. Falls der Netzbetreiber vorausschauend bereits die entsprechenden Erweiterungen einbindet, dürfen diese Kosten nicht in die Netzkosten gerechnet werden. Es ist daher fraglich, ob es ausreicht, im erläuternden Bericht auf die Nichtanrechenbarkeit der Kosten hinzuweisen. Zu begrüssen wäre eine Ergänzung von Artikel 13a StromVV bezüglich der Nichtanrechenbarkeit der Kosten, die für die Datenverwaltung für andere Medien entstehen.

Artikel 8c Intelligente Steuer- und Regelsysteme

Vorab möchten wir darauf hinweisen, dass sichergestellt werden muss, dass durch die Nutzung von Flexibilität der sichere Netzbetrieb nicht beeinträchtigt wird.

Absatz 2:

Grundsätzlich ist der Einsatz von intelligenten Steuer- und Regelsystemen nur mit Zustimmung der Endverbraucher oder Erzeuger zulässig und wird angemessen vergütet. Gemäss Absatz 2 ist die Verwendung ohne Zustimmung zulässig, wenn dies zur Sicherstellung des stabilen Netzbetriebs notwendig ist. Geht die Gefährdung nicht vom Endverbraucher oder Erzeuger aus, wäre es auch in diesem Fall sachgerecht, den Zugriff zu entschädigen. Wir würden es begrüssen, wenn in der Verordnung ebenfalls geregelt wird, dass für diesen Fall eine angemessene, sachgerechte Vergütung vereinbart werden soll.

Artikel 8d Umgang mit Daten aus intelligenten Mess-, Steuer- und Regelsystemen

Viele Netzbetreiber haben ihr Messwesen an Messdienstleister ausgelagert. Der Verordnungstext erwähnt nur den Netzbetreiber als Bearbeiter der Daten. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass der Netzbetreiber verantwortlich ist, einem Dritten die Rechte und Pflichten aus dieser Bestimmung zu übertragen. Wir würden es begrüßen, wenn der erläuternde Bericht (S. 11) dahingehend klarer formuliert wird, dass „übertragen“ nicht bedeutet, dass sich der Netzbetreiber damit seiner Verantwortung entledigen kann.

Artikel 13a Anrechenbare Kosten von Mess-, Steuer- und Regelsystemen

Für sich alleine betrachtet besagt Artikel 13a StromVV, dass auch die Mess-, Steuer- und Regelsysteme von Erzeugern (reine Erzeuger, nicht Prosumer) anrechenbare Netzkosten sind. Bisher sah Artikel 2 Absatz 3 EnV vor, dass die Kosten für das Messinstrument und für die Bereitstellung der Messdaten zu Lasten der Produzenten gehen. In Artikel 12 Absatz 4 EnV wird bezüglich der Messkosten von Produzenten auf die Bestimmungen der StromVV verwiesen. D.h. neu würden die Messkosten der Produzenten in die Netznutzungskosten einfließen und vollständig von den Endverbrauchern bezahlt werden, da Produzenten kein Netznutzungsentgelt schulden. Das StromVG sieht eine solche Kostenanlastung jedoch nicht vor. Im Rahmen der Revision des Energiegesetzes wird Artikel 15 Absatz 1 und 2 nStromVG angepasst. Aus den angepassten Absätzen geht hervor, dass die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme beim **Endverbraucher** als anrechenbare Kosten gelten. Gemäss Artikel 17b Absatz 4 nStromVG kann der Bundesrat festlegen, welche Kosten zu den anrechenbaren Netzkosten gehören. Das Gesetz bezieht sich also nur auf intelligente Messsysteme bei Endverbrauchern, nicht aber auf intelligente Messsysteme bei Erzeugern.

Die anrechenbaren Netzkosten werden gemäss dem gesetzlichen Ausspeiseprinzip von den Endverbrauchern über das Netznutzungsentgelt entrichtet (Art. 14 Abs. 2 StromVG). Eine mögliche Interpretation wäre, dass ab dem Inkrafttreten der ES 2050 die Endverbraucher die Messkosten der Produzenten zu bezahlen haben. Eine derartige Kostentragungspflicht der Endverbraucher würde jedoch dem StromVG entgegenstehen, da sie zu nicht verursachergerechten Tarifen führt (Art. 14 Abs. 3 Bst. a StromVG). Hinzu kommt, dass der Bundesrat aufgrund der gesetzlichen Grundlagen im StromVG zurzeit nicht befugt ist, rechtsetzende Bestimmungen über die Tragung der Messkosten von Produzenten zu erlassen. Artikel 17a StromVG bezieht sich auf Messsysteme von Endverbrauchern. Insofern bezieht sich auch die angedachte Übergangsbestimmung in Artikel 31e Absatz 2 StromVV lediglich auf Endverbraucher und nicht auf Produzenten.

Bezüglich der Anlastung der Messkosten von Produzenten fehlt sowohl im nEnG als auch im StromVG eine gesetzliche Grundlage. Es fehlt somit eine Regelung für die Kostentragung der Messkosten der Produzenten. Bei der Kostenanlastung handelt es sich um eine wichtige Bestimmung, welche zwingend in einem Gesetz im formellen Sinn enthalten sein muss (vgl. z.B. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Mai 2013, A-8641/2010, insbes. E. 10.5).

Insbesondere auch durch den Wegfall von Artikel 8 Absatz 5 StromVV und Artikel 2 Abs. 5 EnV gibt es keine Vorgabe mehr zur Kostentragung bei Produzenten. Dadurch entfällt ebenfalls die Kontrolle der Messkosten von Produzenten, da keine Behörde mehr dafür zuständig ist. Gemäss unserer Erfahrung führen hohe Messpreise verbunden mit der Bildung von separaten Kundengruppen (vorher ohne jetzt mit Leistungspreis) dazu, dass hohe Messkosten als Instrument zur Verhinderung oder Dämpfung von privatem Zubau erneuerbarer Energien eingesetzt wird. Eine Messpreisobergrenze, die von der ECom erlassen werden kann, sollte – jedenfalls bezüglich Endverbraucher – jetzt schon in der Verordnung vorgesehen werden.

Artikel 18 Absatz 2

Antrag:

Nachdem neu nach einer Übergangszeit bei allen Endverbrauchern eine Leistungsmessung möglich ist, ist zu überlegen, ob in der Verordnung zur Leistungsmessung zusätzliche Vorgaben gemacht werden sollen, da der Endverbraucher bei Vereinbarungen mit dem Netzbetreiber in der schwächeren Position ist. Es sollte sichergestellt werden, dass entsprechend dem Erfordernis verursachergerechter Tarife ein Prosumer nicht ein höheres jährliches Netznutzungsentgelt bezahlt, als ein vergleichbarer Endverbraucher, der seinen ganzen Elektrizitätsbedarf aus dem Netz bezieht.

Artikel 29

Dem erläuternden Bericht ist zu entnehmen, dass nun auch Erzeuger mit Anschlussbedingungen nach Artikel 28a Eng vom 26. Juni 1998 mit intelligenten Messsystemen ausgestattet werden sollen und die entsprechenden Kosten anrechenbar sein sollen. Eine Anrechenbarkeit dieser Kosten als Netzkosten des Verteilnetzbetreibers ist nicht mit dem StromVG vereinbar (vgl. Ausführungen zu Art. 13a StromVV).

Artikel 31e Übergangsbestimmungen

Absatz 1:

Antrag:

¹(...) dürfen längstens während zehn sieben Jahren nach dem Inkrafttreten (...)

Messeinrichtungen haben gemäss dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen eine Lebensdauer von 10 bis 25 Jahren. Der Ersatz von bereits installierten Messeinrichtungen, welche das Ende der Lebensdauer noch nicht erreicht haben, ist daher mit hohen Kosten verbunden und nicht effizient. Wir würden es begrüssen, wenn die Übergangsfrist für Messeinrichtungen von sieben Jahren auf zehn Jahre erhöht wird (vgl. Grundlagen der Ausgestaltung einer Einführung intelligenter Messsysteme beim Endverbraucher in der Schweiz vom 17. November 2014, S. 31 f.).

Absatz 5:

Antrag:

⁵Gesuche um Bewilligungen nach Artikel 22 Absatz 4, die beim Inkrafttreten der Änderung vom xx.xx.xxxx bei der ElCom hängig sind, werden nach bisherigem Recht beurteilt.

Bezüglich Netzverstärkungen gibt es keine materiellen Änderungen zum geltenden Recht. Eine Übergangsbestimmung ist daher hinfällig.

Wir bitten Sie freundlich um eine wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Schmid'.

Carlo Schmid-Sutter
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Tami'.

Renato Tami
Geschäftsführer